

Fremde Federn: Julia Klöckner

Damit das Band nicht zerreißt

Schnell sind Debatten vergessen. Eben noch erhitzten sie Gemüter und füllten die Schlagzeilen, schon beanspruchen neue, ganz andere Themen Aufmerksamkeit und Nachdenklichkeit. Und so bleibt manches Erwähnte unvollständig behandelt und so manche drängende Frage unbeantwortet. Doch in Einzelfällen lohnt der Blick zurück, weil es um Zukünftiges geht. In diesem Fall um die Integrationskraft der CDU. Wir erinnern uns: Ein CDU-Mitglied hat Irritationen in der Union hervorgerufen. Nicht so sehr, weil die Frau als Muslima Mitglied einer C-Partei ist. Sondern, weil sie in die Ministerreihe aufrückte und zugleich das Abhängen von Kreuzen in öffentlichen Gebäuden forderte. Darauf folgt? Nachdenken über Identität und Selbstverständnis unserer Volkspartei! Ist das unbequem? Ja. Unnötig? Nein. Unvermeidlich? Ja.

Denn die Zeiten, in denen die Mitglieder der CDU nur deutscher Herkunft und nur christlich geprägt waren, sind vorbei. Immer mehr Bürger mit einer Migrationsgeschichte, die in verschiedensten Kulturen fußt, finden ihre politische Heimat in der CDU. Gerade als Partei der Mitte, die mitten in der Gesellschaft steht, können wir gar nicht auf ihre Mitwirkung verzichten. Natürlich ist das an Bedingungen geknüpft. Die sind im Grundsatzprogramm formuliert. Es ist das Fundament unseres Politikverständnisses. Ihm liegt ein aus dem christlichen Glauben geprägtes Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde. Das betrifft die Würde des Menschen, die unabhängig ist von Rasse, Klasse oder Religion und jedem Einzelnen zusteht. Das betrifft die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Religionsfreiheit jedes Einzelnen – auch des muslimischen Bürgers.

Die CDU macht somit ein innerweltli-

ches Politikangebot auch an Nichtgläubige wie an Andersgläubige. Die Bezeichnung „christlich“ im Parteinamen hat keinen ausschließenden Charakter. Denn unsere Aufgabe ist es, Lösungen für Aufgaben und Schwierigkeiten zu finden, von denen Millionen Bürger betroffen sind. Sowenig sich aus der Bibel ein Parteiprogramm ableiten lässt, so wenig kann aus dem Christentum eine bestimmte parteipolitische Handlungsanweisung entwickelt werden. Dennoch gilt: Die christliche Religion ist nicht die einzige, aber eine unverzichtbare Quelle von Werten in unserer Gesellschaft sowie von Überzeugungen, die über die eigene Person hinaus Geltung beanspruchen. Auf der politischen Bühne münden die vielen Werte und Überzeugungen in das Ziel, mehr Recht und Gerechtigkeit zu schaffen, ohne diese je vollständig erreichen zu können. Andernfalls ist der Staat eine Räuberbande, wie der heilige Augustinus vor mehr als 1500 Jahren feststellte.

Die Verbindung von Glaube und Vernunft ist eine besondere Errungenschaft unserer Kultur. Dem müssen sich auch Muslime stellen. Die niedersächsische Landesministerin Aygül Özkan betont den überweltlichen, transzendenten Bezug. Sie sprach den Amtseid mit dem Schluss „so wahr mir Gott helfe“. Die Verbindung der Christen zu ihr wird deutlich in ihrem Verweis auf die „Verantwortung vor Gott“ und ihrer Hoffnung, dass die Menschen für das Gelingen auf Erden Gottes Hilfe bedürfen. Dieser Ansicht sind Atheisten nicht, ganz gleich, ob sie deutscher oder türkischer Herkunft sind. Der Verweis auf den einenden „Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs“ verbindet Aygül Özkan mit den Christen.

Dennoch: Christen und Muslime unterscheiden sich in den Glaubensinhalten und Glaubenswelten, und das Got-

tesverständnis der Muslime ist nicht mit dem Gottesverständnis der Christen deckungsgleich. Manches deutet in Europa auf eine Entwicklung des Islams hin, der mit unserer Kultur kompatibler sein kann. Es ist nicht zu leugnen: Die Gesellschaft in Deutschland befindet sich in einer Spannung. Sie ist durch das Christentum sowohl als Kulturkraft als auch als Religion weiterhin stark geprägt, aber im Alltag multireligiös. Es ist erfreulich, dass mit der ersten Muslima als Ministerin recht selbstverständlich ein Zeichen gesetzt wurde – und dies wohlgermerkt durch eine christlich-demokratische Partei. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu achten, ist das eine, sich über Werte und Ziele zu verständigen, ist eine andere, im Einzelnen durchaus mühevollere Arbeit. Deshalb ist ein innerparteiliches Gespräch über Gemeinsamkeit und Trennendes unerlässlich, damit das einigende Band nicht zerreißt. Politische Klarstellungen, wie die vom damaligen Ministerpräsidenten Wulff vorgenommene, haben zwar die Diskussion für das Erste beendet. Aber sie ersetzen keineswegs eine Selbstvergewisserung der CDU darüber, welche Bedeutung und Bindungswirkung das christliche Menschenbild heute noch haben soll. Zumal das „C“ immer noch das Alleinstellungsmerkmal unserer Partei – und der Schwesterpartei innerhalb der Union – ist, ist ein Dialog mit allen Strömungen geboten. Das ist Aufgabe der CDU-Wertekommission: die Verdeutlichung, was die CDU unter Gott, Trennung von Kirche und Staat, Religionsfreiheit, interreligiösem Dialog und wer-tegebundener Offenheit versteht. Es ist an der Zeit, die Wertekommission wiederzubeleben.

Die Verfasserin ist Mitglied des Bundestages, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverbraucherministerium und CDU-Spitzenkandidatin in Rheinland-Pfalz.